

Saale-Zeitung.

Staubdrucker Verlag.

werden die Spaltenzahl oder dem Raum mit 30 Wp., solche aus Halle mit 20 Wp. berechnet und in der Halle, von weiteren Entnahmestellen und allen Annoncen-Expositionen abgenommen. Restanten die Seite 75 Wp. Erachtet insbesondere pflichtig; Sonntags und Montags einm., sonst zweimal täglich.

Redaktion und Druck-Veranstaltung: Halle, Gr. Sandbühlstr. 17; Nebendruckerei: Markt 24.

Nr. 463.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 3. Oktober

1907.

Die nächste parlamentarische Kampagne.

Aus Berlin wird uns geschrieben: In der nächsten Woche wird der Bundesrat nach längerer Pause wieder zu einer Plenarsitzung zusammenkommen. Angesichts dieser Tatsache wendet sich von selbst die Frage nach den Aussichten der nächsten parlamentarischen Kampagne im Reich auf. Daß der Reichstag am 19. November wieder mit seinen Sitzungen beginnen wird, darf als gewiß gelten. Unfrüher aber ist der Umfang der ihm zu unterbreitenden Entwürfe und noch unfrüher der Verlauf, den die Beratungen der letzteren nehmen werden. Zunächst wird die Politik der nächsten Zeit von einer Reihe von Finanzfragen beherrscht werden. Daß der nächstjährige Reichshaushalts-entwurf bedeutende Mehrforderungen aus für die Beamten bringen wird, ist sicher. Ungeachtet ist, ob die Deduktion für die Mehrausgaben auf 1908 noch in den Matrifularumlagen gesucht oder ob eine besondere Steuer-vorlage eingebracht werden wird. Man neigt indessen jetzt ziemlich allgemein der Ansicht zu, daß es im Hinblick auf die allgemeine politische Lage zweckmäßiger ist, die Deduktion für alle ein Jahr zurückzuführen. Diese Ansicht dürfte auch wohl schließlich recht behalten. Von allgemeinen politischen Vorlagen wird in erster Reihe das Vereins-gesetz interessieren. Man glaubt, daß die Vorbereitungen, die deswegen mit den Führern der verschiedenen Parteien stattgefunden haben, ein positives Ergebnis erwohnen lassen. Ebenso wird man eine Reihe von sozialpolitischen Entwürfen, namentlich der großen Gewerbever-sicherungsnovelle, die dem Bundesrat schon einige Zeit hindurch vorliegt, die dem Reichstag schon einige Forderungen hinsichtlich der jetzigen Mehrbeit hauptsächlich insolge sozialpolitischer Vorgänge entgegenfallen, auf eine Geneh-migung zu rechnen haben. Schwierigkeiten dürfte aber das Gesetz entgegen machen. Hier wird das Zentrum mit einem Teil der Rechten zusammenzuführen sich anlegen lassen. Indessen ist doch auch hier Aussicht, daß dieser Teil der Rechten nicht so groß sein wird, um mit dem Zentrum und gegebenenfalls auch den Sozialdemokraten eine Mehrheit zu bilden. Ein großer Teil anderer Entwürfe hat gleichfalls Aussicht angenommen zu werden. So eröffnen sich für den nächsten Tagungsabschnitt des Reichstages recht erfreuliche Perspektiven. Der Reichstag der jetzt nun schon seit dem Ende vorigen Jahres zusammengehalten hat, wird auch gut tun, durch positive Leistungen dem Lande zu zeigen, wie wenig nötig das Faktieren der Regierung mit dem Zentrum ist, wenn sich in den Reichstagsverhältnissen eine Konstellation zeigt, die es ermöglicht, diese Partei unberücksichtigt zu lassen. Bisher war die Probe, die auf dieses Beispiel gemacht wurde, mehr theoretischer Natur, jetzt soll sie praktisch gemacht werden. Je mehr positive Leistungen der Reichstag aufweisen haben wird, um so fester und dauernder Bestand wird er gewinnen. Diese Leistungen lassen sich aber erzielen, wenn immer im Auge behalten wird, welche Ansichten wieder in Deutschland maßgebend werden würden, wenn im Reich Uneinigkeit ausbricht. Die gemäßigten Elemente müssen in ihm die Herrschaft ausüben können, dann wird auch die Reichstagskampagne des nächsten Winters günstig verlaufen. Der Reichstag wird nicht nur wegen der Wichtigkeit der in ihm bevorstehenden Entscheidungen, sondern auch wegen des letzteren Momentes die Hauptaufmerksamkeit auf sich ziehen. Aber auch der preussische Landtag hat Aufgaben von großer Bedeutung vor sich. Hier steht allerdings immer noch nicht fest, wann die Tagung beginnen wird. Jedenfalls ist es besser, erst im Januar zu beginnen, wenn nicht ausreichender Beratungsstoff für eine schon im Herbst beginnende Tagung vorhanden sein sollte. Darüber ist man sich wohl überall einig. Ist es dagegen möglich, wenigstens einige der haupt-sächlichsten Vorlagen schon im November fertigzustellen, so kann eine frühere Einberufung des Landtages von Nutzen werden. In Preußen wird in erster Reihe das neue Wor-gesetz gegen die polnischen Untertanen interessieren. Die Entscheidungsvorlage hat zwar berechtigterweise bei verschiedenen Politikern starke Bedenken ausgelöst. Jedoch wird man zunächst ihren Inhalt abwarten müssen, ehe ein endgültiges Urteil gefällt werden kann, und obwohl dort es sich hier nicht um private rechtliche Anschuldigungen allein handeln, vielmehr wird der nationale Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt und von ihm aus die neue Maßnahme betrachtet werden müssen. Auch in Preußen wird ferner die Finanzpolitik eine bedeutsame Rolle spielen. Man wird dabei gut tun, sich stets die altpreussische Tradition vor Augen zu halten. Es scheint so, als wenn einige Politiker die etwas leichteren finanzpolitischen Anschuldigungen des Reichstages in den Land-tag verpflanzen möchten. Hoffentlich gelingt das nicht und hoffentlich wird die gediegene Grundlage der preussischen Finanzen nicht erschüttert. Auf jeden Fall stehen sowohl im Reich wie in Preußen bedeutsame Entscheidungen in der nächsten parlamentarischen Kampagne bevor. Sie wird deshalb von großer Wichtigkeit werden.

Deutsches Reich.

Droh- und Personalnachrichten.

Der Kaiser trifft am 20. Oktober in Schäß ein, um der Hochzeitsfeierlichkeit der Gräfin Margarete beizuwohnen. Der Prinz von Preußen und die Kaiserin in drabsichtigen, der Königin Wilhelmine in der zweiten Hälfte des November in Holland einen Besuch abzustatten. Nach einer Mitteilung des „Matin“ erwartet man im nächsten Jahre den offiziellen Besuch des

Kaisers Wilhelm in Belgien. In den letzten beiden Jahren ist wiederholt von dem Besuche des Kaisers die Rede gewesen, im vorigen Jahre soll sogar Leopold das königliche Schloß zu Antwerpen für den Kaiserbesuch haben berechnen lassen.

Reichskanzler Fürst Bülow soll Hamburger Blättern zufolge angeblich auffallen gealtert sein. Sein Aussehen und Geist seien schon etwas gealtert. Sein Gang lasse große Müdigkeit. Von anderer Seite wurde über die große körperliche und geistige Frische des Reichskanzlers berichtet. Das letztere scheint eher richtig.

Der Reichskanzler Fürst von Bülow trifft am 5. d. M. in Berlin ein, präsidiert der für diesen Tag anberaumten Sitzung des Staatsministeriums und nimmt verschiedene Vorträge entgegen. Am 6. d. M. begibt sich der Kanzler nach Karlsruhe.

Ueberführung der Leiche des Großherzogs von Baden.

Der großherzogliche Trauerzug fuhr gestern um 9 1/2 Uhr unter dem Geläut aller Glöden von Konstanz ab und nahm in mäßiger Geschwindigkeit den Weg über Singen und Waldshut nach Freiburg, indem er nur auf einigen Stationen anhielt. Schulen, Vereine und die Bewohner der Ortshäuser hatten Aufstellung längs des Bahngleises genommen; überall wurde der Zug mit Glockengeläut, Chorpsalmen und Trauermusik empfangen. Die Fahrt durch das badische Land machte einen überaus angenehmen Eindruck. Großherzog Friedrich II. empfing auf den Stationen persönlich die Epigen der Belebten.

Reichskanzler Fürst Bülow hat an Großherzog Friedrich II. von Baden folgendes Telegramm geschickt:

Seiner Königlich hohen Hoheit. Bitte ich, anlässlich des Selbsterlösungs des Großherzogs mein tiefstes Beileid auszusprechen zu dürfen. Teil bewegt gedulde ich der tiefen Güte und des großen Vertrauens, mit denen mich der verewigte Großherzog während vieler Jahre ausgeschiedet hat. Ich nehme vor allem der unerbäulichen Verdienste, die sich Großherzog Friedrich II. um das deutsche Volk erworben hat. Sein Name bleibt für immer verbunden mit der Wehrerhöhung des Reiches. Er hat die nationa- l' Einigung vorbereitet, die mit Erfolg, die herbeigeführt und selbst unermüdet seine treue und weise Hand über sie gehalten.

In Ehrfurcht und Ergebenheit Reichskanzler Fürst von Bülow.

Die Reichszolleinnahmen.

Die Entwidlung, die die Einnahme aus den Zöllen während der ersten fünf Monate des laufenden Etatsjahres genommen hat, ist außerordentlich günstig gewesen. Die Zolleinnahme betrug im Monat April 50,8 Millionen Mark, im Mai 55,4, im Juni 55,4, im Juli 67,8 und im August 57,7 Mill. Mark. Im Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Jahres 1906 betrug die Einnahme des Monats April 28,1 Millionen Mark überhalb der Einnahme des gleichen Zeitraums des Vorjahres um 78,1 Millionen Mark. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres betrug die Einnahme der ersten fünf Monate dieses Jahres 280,7 Millionen Mark, während die Einnahme der ersten fünf Monate des Jahres 1906 nur 202,6 Millionen Mark betrug. Die Zolleinnahmen der ersten fünf Monate des laufenden Jahres sind demnach um 78,1 Millionen Mark höher als die Einnahmen der ersten fünf Monate des Jahres 1906. Man wird sich voranbringen können, daß die Zolleinnahmen der ersten fünf Monate dieses Jahres nicht in dem Maße überhöht werden, wie dies auf Grund der ersten fünfmonatigen Ergebnisse den Anschein haben könnte. Da außerdem dieser Bestand der Reichsfinanzen augenommen wird, ist auch hinsichtlich des Reichsfinanzen die Einnahme der ersten fünf Monate des laufenden Jahres nicht nur ein gutes Zeichen, sondern auch ein Zeichen der Wehrerhöhung des Reiches. Es ist zu erwarten, daß die Einnahme aus den Zöllen in den nächsten Monaten sich noch weiter erhöhen wird. Die Einnahme aus den Zöllen wird sich demnach in den nächsten Monaten noch weiter erhöhen. Es ist zu erwarten, daß die Einnahme aus den Zöllen in den nächsten Monaten sich noch weiter erhöhen wird. Die Einnahme aus den Zöllen wird sich demnach in den nächsten Monaten noch weiter erhöhen.

Die Sozialpolitik.

Die sozialpolitische Arbeit in der nächsten Reichstagsession ist die folgende: Zwei die Wichtigkeit der Arbeiterfrage in sozialpolitischer Hinsicht werden die Reichstagsarbeiten gegen den Reichstag nach dem vorhergehenden Reichstag sein. Es sind dies der Entwurf betreffs der Stellung von Frauen in der Hausarbeit und der Hilfstufenangelegenheiten. Ein weiterer sozialpolitischer Entwurf wird die neueste umfangreiche Gewerbeordnungsnovelle sein. Sie regelt einmal die Arbeit der Frauen und die Maximalarbeitszeit der Frauen und ferner die Stellung der Arbeiterinnen. Was die letztere betrifft, so ist in dem oben genannten Gesetzentwurf über die Frauenarbeit ein Teil davon behandelt, aber ausführlicher, als es in der Gewerbeordnungsnovelle für die gesamte Gewerbeindustrie beabsichtigt ist. Hier handelt es sich um die Uebertragung von Gesetzbestimmungen für die Arbeiterinnen auf die hauswirtschaftliche Tätigkeit. Ferner kommt das Verbot der Hausarbeit in der Hausarbeit ein Teil davon behandelt, aber ausführlicher, als es in der Gewerbeordnungsnovelle für die gesamte Gewerbeindustrie beabsichtigt ist. Hier handelt es sich um die Uebertragung von Gesetzbestimmungen für die Arbeiterinnen auf die hauswirtschaftliche Tätigkeit. Ferner kommt das Verbot der Hausarbeit in der Hausarbeit ein Teil davon behandelt, aber ausführlicher, als es in der Gewerbeordnungsnovelle für die gesamte Gewerbeindustrie beabsichtigt ist. Hier handelt es sich um die Uebertragung von Gesetzbestimmungen für die Arbeiterinnen auf die hauswirtschaftliche Tätigkeit.

tungen. Es darf mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß beide recht bald vom Reichstag werden verabschiedet werden. Es werden auch noch weitere Entwürfe vorbereitet. Hierbei geht eine Novelle zum Gesetz über die Befähigung unautonoren Weisbewerbs, die das Ausbehalten von Weisen zu regeln bestimmt ist.

Der Bremser bleibt in Kraft.

Die Forderung der Bremser, Kulturminister Dr. Holle werde den berechtigten Bremsern ein Besondere Gesetz nehmen oder doch wenigstens einfinden, muß nach der „Saal. Rundsch.“ leider als trügerlich bezeichnet werden. Gleichwohl sind in dieser Materie die grundsätzlichen Anschauungen auch der neuen Leitung der Unterrichtsverwaltung folgende: „Ein gewisses regeln des Einzelnen ist unbedingt notwendig und verhält auf der verfassungsmäßigen Pflicht des Staates, das Gehalt der Volksschullehrer auf einem bestimmten Niveau zu halten. Meist auf der einen Seite die Notwendigkeit vor, mit finanziellen Mitteln und nötigenfalls durch Anwendung eines Druckes die Gehälter in den kleinen, zumal ländlichen Gemeinwesen auf einen höheren Stand zu bringen, so ist es Pflicht des Staates andererseits zu verhindern, daß durch ein Steigen der Gehälter seitens größerer Gemeinwesen, wie z. B. in Westfalen, die Gehälter in den kleineren auf ein zu geringes Niveau sinken. Eine Regelung der Gehälterverhältnisse und eine Beförderung der sozialen Stellung der Volksschullehrer überhaupt ist aber nur möglich, wenn dem Landtag eine Vorlage vorgelegt wird, die bei einer erheblichen Erhöhung der Einkommensteuer die Mittel zu einer entsprechenden oder nach oben in gewissem Maße begrenzten Umgestaltung der Gehaltsverhältnisse liefert.“ Danach ist kein Zweifel mehr möglich, daß die Unterrichtsverwaltung entschlossen ist, an dem Bremsergesetz des Herrn Dr. Studt festzuhalten. Es wäre dringend zu wünschen, daß die lehrefreundlichen Parteien im Abgeordnetenhaus Gelegenheit nehmen, den Herrn Minister darüber nicht in Unklarheit zu lassen, daß er sich durch das Festhalten an dieser Bestimmung mit dem Empfinden der gebildeten Kreise auch außerhalb der Lehrerschaft in hohem Grade befindet.

Dr. Holle und die Volksschullehrer.

Gegenwärtig der Grundsteinlegung für ein Verbandsrat des Berliner Lehrervereins hat der neue Kultusminister Dr. Holle sein Programm für die preussische Volksschule in folgenden Sätzen niedergelegt: „In langer Geschichte hat sich die durch viele lehrer vorwiegendsten Forderungen angeordnete Volksschule in Preußen entwickelt. Die herausragende Leistung im Wissen, im Denken, im Gemüt und im Handeln zu wichtigen Menschen zu erziehen, ist die große Aufgabe der Volksschule. Dieser Aufgabe, dieser, stiller, pflichttreuer Arbeit geachteter Lehrer kann es gelingen, diese Aufgaben der Volksschule zu lösen. Der erste, von Heiligensicht und Vaterlandsliebe erfüllte Lehrerbund freier Volksschullehrer hat diese Arbeit geleistet. Ich habe die feste Überzeugung, daß es auch heute seinen jetzigen und künftigen Gliedern, von demselben Geiste erfüllt, gelingen wird, sie unter den erhöhten Anforderungen der Gegenwart zu vollbringen. Gewissen und innerer Eifer sind es, die die nötigen Voraussetzungen zu erhalten und zu schaffen durch Förderung der bereits begonnenen Weiterbildung der Vorbildung, sowie auch durch Hebung der Gesamtlage des Volksschullehrerstandes in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Ich hoffe unerschütterlich, daß die erfahrenen, bewährten Elemente des Lehrerbundes in ihm und in seinen freien Organisationen, die sich unermüdet leisten und ihm das Sprüche geben werden als einem Stande, dessen sämtliche Glieder durch ihre Pflichttreue und Selbstenbeutung, durch ihre Heiligensicht und Vaterlandsliebe, durch ihren Eifer und ihre Tüchtigkeit sich betreiben, rechte Vorbilder und Erzieher der Kinder unseres Volkes und kräftige Säulen unseres Staatswesens zu sein.“

Wodeneses Regierungsgeschäft.

Unter diesem Titel berichtet Professor Ludwig Gueltz in der „Saal. Rundsch.“ über ein Disziplinargesetz, das man gleich damit einleitet hat, den Lehrer auf Summebild zu legen. Es handelt sich um den Lehrer R. D. Lefschütz in Grabowen (Altpr.), wegen den von der Gumbiner Regierung das Disziplinargesetz verabschiedet worden ist, sofortiger Disziplinierung vom Amt verbannt worden ist. Er soll sich angeblich durch seine Schwärzerei bei den Wählern der Schulvorstände und anderen Dorfbeamten in jedes Vertrauen gebracht haben. Verhinderter seiner Arbeiten sind der Regierung als „Schwärzerei“ überreicht worden, so ein Aufruf in der „Lehrerschaft für Disziplinargesetz“ über das Thema „Die Gewissensfreiheit der Lehrer und Geistlichen“. Was das auch ein Lehrer in Preußen nach Gewissensfreiheit zu fragen! Natürlich handelt es sich um Differenzen mit dem Disziplinargesetz. Bevor aber noch irgend eine Entscheidung getroffen werden kann, ist es notwendig, die Sache auf hohes Gebot und müht ihm zu, sich und seine Frau mit 397 Mark monatlich durchzubringen. Das ist doch ein ganz ungewöhnliches Vorhaben. Man beginnt das Verfahren gleich mit einer Strafe, und zwar mit einer Summe von 100 Mark. Das ist doch die Art, wie man eine freie Meinung niederknallen will, und soll damit der gewaltige Kulturfortschritt Preußens behindert werden? Wie behaupten wir, wenn wir „Lehrer“ mit solchen Mitteln aus der Lehrerschaft zu entfernen, wenn wir in Deutschland vorgehen will. Verhältnisse wird den so Behandelten hoffentlich vor der schlimmsten Zeit bewahren. Man darf sich angesichts solcher Fälle aber nicht wundern, daß der Lehrermangel von Monat zu Monat größer wird!

Eine Wirkung der Engpassfrage.

In M. Gladbach veranlaßt alljährlich der Volksverein für das katholische Deutschland soziale Ferienkurse, in denen Geistliche, Lehrer usw. über die wichtigsten Tagesfragen des sozialen Gebietes unterrichtet und gelehrt werden. Sie bilden eine nicht unwillkürliche Ergänzung der so reichen Kampfmittel des „ein





